

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

TAUNUS ECHO

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei / Hochtaunus

Nummer 3, 28. Jahrgang, Juni - Juli 2006

Gegen die Zerschlagung unserer Berufsausbildung



Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) fordert die Bundesregierung auf, sich den Plänen für einen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) entgegenzustellen.

Der EQR, wie ihn die Europäische Kommission in diesem Frühjahr vorstellen will, zielt darauf ab, das System der Dualen Berufsausbildung zu zerschlagen. Um europaweit Arbeitskräfte flexibel ausbeuten zu können, sollen Berufsbilder ersetzt werden durch so genannte Units – zertifizierte Lernbausteine in überschaubaren Tätigkeitsfeldern wie Schweißen, Tippen oder Wischen. „Das würde der Aus-

breitung von Schmalspurausbildung neuen Schub geben“, erklärte Michael Grüß, Bundesvorsitzender der SDAJ. „Ein Beruf ist mehr als die Summe seiner Teile.“ Wenn der EQR wie geplant durchkomme, werde das weitere Angriffe auf die Kompetenz und die Löhne der Arbeitenden befördern. Jugendliche würden nicht mehr lernen, ihre Kenntnisse in ihrem Berufszusammenhang einzuordnen und selbständig anzuwenden, sondern mehr und mehr zu Hilfsarbeitern degradiert. Ausbildung würde nur noch auf einen bestimmten Arbeitsplatz zugeschnitten stattfinden. Eine so eingeschränkte Qualifikation verschlechtere die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Profitieren würden international agierende Konzerne, indem sie ihre Personalkosten drücken, und private Bildungsanbieter, indem sie einen Markt für kostenpflichtige Kurse und Seminare bekämen. „Politiker aller Parteien bekennen sich in Sonntagsreden immer zur Dualen Berufsausbildung“, sagte Grüß. „Jetzt haben sie die Chance zu beweisen, dass sie es ernst meinen. Die Bundesregierung soll sich nicht hinter der EU verstecken.“ Die Bundesregierung könne ihrem Bekenntnis zum Berufsprinzip Taten folgen lassen, indem sie den EQR im Eu-

ropäischen Rat verhindert. Sollte sie das nicht tun, könne immer noch der Bundestag souverän entscheiden, den EQR in Deutschland nicht umzusetzen. Dies hält die SDAJ allerdings für unwahrscheinlich. „Regierung und Bundestagsmehrheit haben bisher kaum eine Gelegenheit ausgelassen, die Lebensbedingungen von Jugendlichen zu verschlechtern“, so Grüß. Jüngste Beispiele seien die geplante Kürzung von Arbeitslosengeld II für Jugendliche unter 25 Jahren und der Vorstoß, dieser Gruppe den Auszug aus dem Elternhaus faktisch zu verbieten. Falls der EQR von Regierung und Parlament durchgewinkt wird, will die SDAJ gemeinsam mit den Gewerkschaften Widerstand organisieren. Dann kommt es darauf an, in jedem einzelnen Betrieb die Umsetzung des EQR zu verhindern.



1. Mai

„Arbeit darf nicht arm machen“

Im gesamten Bundesgebiet gingen 510 000 Demonstranten auf die Straße



Tausende Menschen sind am 1. Mai 2006 in Hessen zu den Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften gekommen.

In Frankfurt sprach Helge Kienast für die DGB Jugend. Er ging vor allem auf jugendspezifischen Aspekte, wie Bildung, Ausbildung, Studium ein und rechnete mit den Kapitalisten in der Wirtschaft und ihren

Freunden in der Politik ab. Seine Rede kann bei uns als PDF angefordert werden. Hessenweit gingen 25 000 Teilnehmer zu den 45 Veranstaltungen. Allein auf den Frankfurter Römerberg kamen 6.000 zur Kundgebung, darunter viele DKP und SDAJ Genossinnen und Genossen auch aus dem Hochtaunus. In Darmstadt zählten die Gewerkschaften 2.500 Teilnehmer, in Wiesbaden 400, in Offenbach 350 und in Karben etwa 200. Die DKP hatte anlässlich des internationalen Kampftages der Arbeiterbewegung wieder ein UZ-Mai-Extra (Fakten, Informationen, Aufklärung über „unsere“ kapitalistische Wirtschaft) herausgegeben, das in vielen Orten verteilt wurde.

Inhalt

Seite 02: Anti Cuba Aktivisten im Taunus, Evangelikale eine Gefahr, Aus dem Kreistag
Seite 03: Bundeswehreinsetzung im Inneren, Antikommunismus an der PRS, Hessische Landesbahn vor dem Verkauf, Aktionen und Termine
Seite 04: Internationales
Seite 05: Taunussparkasse vor dem Verkauf?, Faschismus ist die Meinung von Verbrechern, Provokation, Kultur
Seite 06: Neues aus der EU, Antikommunismus, Historisches
Seite 07: Warnstreik bei Coca Cola, Ibo sagt, Eintritt 5 Euro
Seite 08: Queer DKP, guter Geheimdienst – böser Geheimdienst
Seite 09: Werbung
Seite 10: Jugend

Anti-Cuba Aktivisten im Taunus unterwegs



Erika Steinbach

Es war eine merkwürdige Gesellschaft, die in Königstein am Bahnhof eingetroffen ist.

Auf der Bank vor dem Gleis sitzt eine Vertreterin der CDU-nahen Konrad-Adenau-

er-Stiftung. Ein Pfarrer mit seinem Sohn unterhält sich mit dem „Korrespondenten“ der rechten Zeitung „Junge Freiheit“. Eine weitere Frau geht in einem langen schwarzem Rock auf und ab und trällert leise Kirchenlieder vor sich hin. Sie alle haben ein Ziel: Die Jahreskonferenz der sogenannten Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Hinter Gittertüren und unter Überwachung von Kameras haben zunächst rund 60 IGFM-Mitglieder, „Exilcubaner“, Vertreter christlicher und anderer Sekten sowie CDU-Funktionäre den »demokratischen Wandel« sprich die Konterrevolution in Cuba beraten. Das »Regime« in Havanna soll weg. Ebenso wie in China, Vietnam und der Volksrepublik Korea. In Königstein bestätigten sich die Feinde der cubanischen Revolution gegenseitig. Und sie versicherten sich der Hilfe ihrer deutschen Gesinnungsgenos-

sen. Erika Steinbach etwa. Die CDU-Abgeordnete hielt zwar einen rhetorisch beachtenswert dürftigen Vortrag, lag dafür ideologisch aber voll auf Linie. »Liebe Exilcubaner«, sagt sie, »das Castro-Regime hatte nie eine wirkliche Legitimität, das Regime war von Beginn an eine Diktatur«. Nachdem Steinbach für eine »Wiedereinsetzung der Sanktionen« gegen Cuba plädiert hatte, nahm sie sich ihren Feind vor. Vor hochrangigen Vertretern der Miami Mafia, kam die CDU-Bundestagsabgeordnete auf die anticubanische Resolution zu sprechen, die im Februar im EU-Parlament verabschiedet wurde, »und die hervorragend in unserem Sinne war«. André Brie und andere Abgeordnete der Linkspartei hätten sich dem Papier »sehr klug und einführend« angeschlossen, lobte Steinbach, die zugleich Präsidentin des revanchistischen »Bundes der Vertriebenen« ist. Wie war das, »wenn deine Feinde dich loben«? Der Auftritt der CDU-Politiker belegte vor allem eines. Die Vernetzung zwischen den konservativen in Europa und Mafiasstrukturen sowie Terroristen gegen das sozialistische Cuba hat Bestand. Und der EU-Abgeordnete Michael Gahler (CDU) gab zum Besten, wie der erste Sekretär der deutschen Botschaft in Havanna Material für Verbrecher nach Cuba einschleuste.

Aus dem Kreistag

Leider können wir in dieser Ausgabe nicht schreiben, wie die Abstimmung zu den 2 Anträgen der Linken Fraktion im Kreistag ausging. Der Redaktionsschluss kam uns dazwischen.

Wir können allerdings die Anträge veröffentlichen.

„Keine Privatisierung der HLB“
Beschlusstext: Der Kreistag des Hochtaunuskreises spricht sich gegen eine Privatisierung der Hessischen Landesbahn (HLB) sowie den Verkauf von Anteilen der HLB durch die Hessische Landesregierung aus. Der Landrat des Kreises wird beauftragt, diesen Beschluss der Landesregierung vorzutragen und intensiv darauf hin-

zuwirken, dass alle entsprechenden Planungen sofort eingestellt werden. Die Vertreter/innen des Hochtaunuskreises, die in Gremien des Öffentlichen Personennahverkehrs mitwirken (Taunusbahn, RMV usw.), verhalten sich dort entsprechend.

„Verschwendung von Steuermitteln“

Beschlusstext: Der Kreistag des Hochtaunuskreises beauftragt den Kreisausschuß zu untersuchen, wie es zu den (...) zum Teil gravierenden Mängeln bei den modernisierten Triebwagen der Taunusbahn kommen konnte, und wie solche Mängel – und damit auch die Verschwendung von Steuermitteln – zukünftig zu vermeiden sind. Was hat die überhastete Präsentation der noch unfertigen Fahrzeuge kurz vor der Kommunalwahl gekostet? Über die Ergebnisse dieser Untersuchung hat der Kreisausschuß den Kreistag zeitnah zu unterrichten, um daraus Folgerungen für die Zukunft ziehen zu können.



Hermann Schauss und Bernd Vorlaefer - Germer. Die 2 Abgeordneten im Kreistag

Wir machen das Parlament Transparent!

Evangelikale eine Gefahr IV Religion ist heilbar!



Uns wurde folgende Mail geschickt.

„Mein Schatz und ich waren letztes Jahr auf dem CSD in Iserlohn. Als wir zu unserem Auto zurückkehrten, bemerkten wir ein Flugblatt auf der Windschutzscheibe mit dem Titel: „Die homosexuelle Revolution in den Schulen“. Ob des Titels hatten wir zunächst ein gutes Gefühl. Es stellte sich aber heraus, dass es auf eine ominöse rechte christliche Gemeinschaft „Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur - DVCH e.V.“ zurückzuführen war, die bekennend gegen „Homosexualität“ man beachte, nicht etwa gegen die Bewegung, sondern gegen das Sein als solchem, ankämpfen. Wir müssen verhindern, dass die religiöse Rechte hierzulande, wie in den USA, Fuß fasst.“ Die Internetadresse dieser Vereinigung ist www.aktion-kig.de! Dort findet sich auch der vollständige Text zu: „Die homosexuelle Revolution in den Schulen“, die so beginnt: „Im vergangenen Jahr haben mehrere Politiker gefordert, eine „Homosexuellen-Kunde“ in den Schulen einzuführen. Würde das tatsächlich geschehen, könnte man kaum damit rechnen, daß die christliche Sicht der Homosexualität vermittelt wird, auch nicht im Nebeneinander mit anderen Auffassungen, sondern wahrscheinlich würde die Homosexualität im positiven Licht dargestellt werden, zumindest als etwas Normales.“ Noch einen guten Rat an diese Herrschaften. Homosexualität ist etwas normales, daß man nicht „heilen“ muss. Im Gegensatz zur Religion, denn die ist heilbar.



die schnellste Möglichkeit einen Kontakt mit uns zu bekommen. e-Mail an uns: dkphochtaunus@gmx.de

Bundeswehreinsatz im Inneren



Den Jahrestag der Befreiung vom Faschismus beging die Bundesregierung am 8. Mai auf ihre eigene Weise: Auf Einladung von Koch's Sprössling, dem „Kriegsminister“ Franz Josef Jung, beriet eine Ministerrunde über eine Grundgesetzänderung, um den Bundeswehreinsatz nun endlich auch im Inland zu ermöglichen. Ein erster Anlauf hierfür war das Luftsicherheitsgesetz, das vom BVerfG für grundgesetzwidrig erklärt wurde. Davon unbeeindruckt erklärte Jung die Trennung von Polizei und Militär wolle er »so nicht mehr vornehmen«. Innenminister Wolf-



gang Schäuble erhebt diese Forderung schon seit seinem Amtsantritt. In einem neuen »Weißbuch« sollen die Aufgaben der Bundeswehr völlig uminterpretiert werden. So soll die Entführung von Zivilflugzeugen als »feindlicher Angriff« gewertet werden. Dieser würde dann die Ausrufung des Verteidigungszustandes legitimieren. Kann es dann nicht auch ein feindlicher Angriff sein, wenn Arbeiter ihre Fabrik besetzen? Oder wenn es hier tatsächlich endlich mal zu den bereits erwähnten französischen Verhältnissen kommt?

Die hessische Landesbahn vor dem Verkauf



Bei der Suche nach zusätzlichen Einnahmen für seinen maroden Landesetat ist Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) bereit, sich von der Hessischen Landesbahn zu trennen, wozu auch die Taunusbahn und die Frankfurt Königsteiner Eisenbahn Gesellschaft gehören.

Die wirtschaftliche Situation der Landesbahn hat sich im vergangenen Jahrzehnt deutlich verbessert. Der Umsatz liegt derzeit bei über 60 Millionen Euro. Als potenzielle Käufer gelten einerseits Städ-

te und Landkreise, deren Haushaltslage aber ebenfalls überwiegend angespannt ist, sowie unter Umständen die Deutsche Bahn. Als wahrscheinlicher gilt allerdings ein Einstieg des französischen Konzerns Veolia, sowie der britischen Firma Arriva. Sie ist bei der Prignitzer Eisenbahn, der Regentalbahn und dem großen Busunternehmen Sippel bereits eingestiegen. Auch hat sie mehrfach laut über weitere Übernahmen nachgedacht. Die FDP begrüßt die Pläne: „Es wird höchste Zeit“, erklärte der Abgeordnete Dieter Posch. Der Betrieb von Bussen und Bahnen sei keine Aufgabe des Staates. Die hessische Verfassung sagt dazu aber etwas anderes. Artikel 41 der hessischen Verfassung: **Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden 1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen. (...)**

Aktionen und Termine:

Freitag, 02.06. – Montag, 05.06. SDAJ Pfingstcamp (siehe letzte Seite)

Montag, 12.06. DKP MV 19.00 Uhr (neuer Ort. Bitte Erfragen)

Samstag, 17.06 – Sonntag, 18.06. Fahrt nach Gera zur Jugendbibliothek

Sonntag, 25.06. SDAJ Kleinzeitungsseminar

Dienstag, 27.06. Stammtisch der DKP Cafe Klatsch Friedrichsdorf 18.00 Uhr

Dienstag, 11.07. Stammtisch der DKP Cafe Klatsch Friedrichsdorf 18.00 Uhr

Freitag, 14.07. SDAJ Venezuela Soli Fete im DGB Haus Frankfurt

Dienstag, 25.07. Stammtisch der DKP Cafe Klatsch Friedrichsdorf 18.00 Uhr

Samstag, 29.07. – Sonntag, 30.07. CSD Frankfurt mit DKP-SDAJ Stand

Montag, 01.08 – Samstag, 05.08. Bildungscamp Anton Makarenko (siehe letzte Seite)

Antikommunismus an der PRS

Leserbrief



„Ich bin Schüler der Philipp Reis Schule, des Realschulzweigs. Mir passierte Vollgendes:

Ich hatte in der Schule ein „kleines Problem“. Ich ging zu Frau P. um zu fragen was ich den besser machen könnte. Und durfte mir anhören das ich ein „Kommunistenschwein“ wäre und sie sah mich spöttisch an. Aus diesem Grund bin ich dann auch gegangen. Das geschah aber außerhalb des Klassenraums, weswegen ich leider auch keinen Zeugen dafür hatte. In den folgenden Schulstunden habe ich mich nicht bemüht, mit dieser Frau auszukommen. Egal was ich machte, sie pöbelt mich an. Sei es die Handschrift, die Rechtschreibung (ich bin anerkannter Legastheniker) oder meine Wortwahl. Bei Meldungen nahm sie mich nicht dran, sondern nur wenn ich mich nicht meldete. Dadurch sammelte ich im Laufe des Halbjahres meine mündlichen 5er. Erst letzters hatten ich und ein Freund die gleiche Hausaufgabe abgegeben (er hat vorgelesen und ich abgegeben) und er bekam eine eins und ich eine fünf. Und schriftliche Klassenarbeiten gibt es genauso wenig wie Ordner einsammeln und benoten lassen. Durch dieses Verfahren kann der Schüler weder durch eine Nachprüfung oder ähnliches nachweisen, das er gut mitgearbeitet hat. Dies macht Frau P. nicht nur bei mir, sondern hat es bei vielen Schülern schon so gemacht, wenn sie die Schüler nicht mag. Mir hat man zugetragen, das meine Noten auch damit zusammenhängen, weil ich ein Linker bin und ab und zu mit Thomas Knecht zu tun habe.“

Natürlich gibt es nicht nur solche Lehrer und Lehrerinnen, auch auf der PRS gibt und gab es fortschrittliche Kolleginnen und Kollegen..

Weitere Schüler die Antikommunistischen Attacken ausgesetzt sind oder waren, sollen sich bitte bei uns melden.

Die DKP Hochtaunus ist auch telefonisch zu erreichen. Jeden Mittwoch von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

Tschechien

Anfang Juni 2006 wird in der Tschechischen Republik ein neues Parlament gewählt.

Alle bürgerlichen Parteien haben den Antikommunismus auf ihre Fahnen geschrieben. Mit der Losung: „Mit den Menschen - für die Menschen“, vertreten die Kommunisten (KSCM) die Interessen der Bevölkerung und wollen ihren Wahlerfolg von vor vier Jahren wiederholen. Von 200 Abgeordneten des Parlamentes gehören 41 der KSCM an, von 25 tschechischen Abgeordneten im EU-Parlament sind sechs KSCM-Mitglieder. Einer der Höhepunkte des Wahlkampfes in Westböhmen war ein großes Meeting am 20. Mai 2006 im Freilichtkino in Domazlice. Wo der neue KSCM-Vorsitzende Vojdec Filip und ein Vertreter der DKP gesprochen haben. Die DKP unterstützt den Wahlkampf der KSCM auf der Basis des proletarischen Internationalismus.

Vor wenigen Wochen ist der KSCM - Abgeordnete Jiri Dolejs brutal zusammengeschlagen worden.

Die Polizei ermittelt in dem Fall, hat aber noch keine Spur von den Tätern. Der stellvertretende KSCM-Chef befand sich nach einer Sitzung im Abgeordnetenhaus gerade auf dem Heimweg, als ihn die Täter überfielen, prügeln und als „kommunistische Sau“ beschimpften. Der Genosse Dolejs erlitt mehrere Verletzungen am Kopf. Wir gehen von einer politisch motivierten Tat aus. Nach Ansicht zahlreicher KSCM-Politiker sind indirekt auch antikommunistische Bürgerinitiativen wie die Gruppe „Mit Kommunisten spricht man nicht“ für die Gewalt gegen Dolejs verantwortlich. „Wenn wir weiterhin Dinge wie T-Shirts mit der Aufschrift ‚Erschlagt Kommunisten - stärkt den Frieden!‘ tolerieren, wird morgen vielleicht schon ein anderer kommunistischer Politiker überfallen“, sagte KSCM-Fraktionschef Pavel Kovacic.

Zypern



Aus der Parlamentswahl im griechischen Teil Zyperns ist die Kommunistische Partei, erneut als stärkste

Kraft hervorgegangen, die Aufbau-partei des Arbeitenden Volkes (A.K.E.L.) erhielt 31,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 87,91 Prozent. Wir gratulieren den Genossinnen und Genossen auf Zypern und wünschen ihnen eine gute Klassenbewusste Arbeit .

Das andere Amerika



Zitate von Präsident Hugo Chavez bei einer Veranstaltung des Internationalen Instituts für den Frieden, bei seinem Besuch in Österreich. Wien Ura-nia, 11. Mai 2006

‘Sozialismus oder Barbarei, diese Losung von Rosa Luxemburg ist heute aktueller denn je!’

‘Karl Marx und andere waren großartige Visionäre für notwendige Maßnahmen; entweder wir verändern die Welt, oder wir werden untergehen.’

‘Die kubanische Revolution ist von unschätzbare Bedeutung.’

‘Fidel hat mir auf einer Gipfelkonferenz einen Zettel zugeschoben; darauf stand: Ich sehe, jetzt bin ich nicht mehr der einzige Teufel!’

‘Die Imperialismus-Analyse von Lenin als der höheren Stufe des Kapitalismus ist nach wie vor aktuell. Wir müssen diese alten Bücher ausgraben und entstauben - wir müssen diese Bücher lesen! Der Imperialismus stellt sich in Lateinamerika auch als Kolonialismus dar.’

‘Eines ist klar: Fidel und Chavez wollen kein Freihandelsabkommen!’

‘Wir liefern unser Öl an viele Länder in Lateinamerika und in der Karibik, wir liefern es auch an die USA - zum Unterschied von allen anderen müssen die aber sofort bezahlen!’

‘Wir wollen andere Handelsbeziehungen als bisher: Kuba bezahlt mit Ärzten und Lehrern, andere zahlen mit Kühen, andere wieder mit medizinischen Geräten.’
‘Vor wenigen Tagen haben Evo, Fidel und ich in Havanna ALBA abgeschlossen; das war aber erst der Anfang!’

‘Wir haben schon Telesur, und in Kürze werden wir auch Banca del Sur haben; das wird wieder einigen nicht passen.’

‘Ich denke oft an Fidel. Auf vielen Gipfeltreffen waren Fidel und ich die einzigen Teufel!’

Wir hoffen, das noch viel mehr „Teufel“ dazu kommen werden. Eines Tages auch aus Deutschland.
Die Redaktion

Chavez in Europa

Tausende - vor allem junge - Menschen strömten in die Wiener Arena, um den venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez zu sehen und zu hören.

Und sie wurden nicht enttäuscht. Mit einem Meer von roten Fahnen und frenetischem Jubel wurde der Gast der anti-imperialistischen Manifestation begrüßt. Obwohl es eine politische Kundgebung war, hielt Chavez nicht einfach nur eine Rede, er erzählte, und er erzählte ausführlich, wie man es von ihm gewohnt ist. In Anwesenheit von Aleida Guevara - der Tochter Che's - die bereits vor ihm gesprochen hatte, erzählte er von den Idolen seiner Jugend und der seiner Generation: von Che, Fidel, von Ho Chi Minh und vielen anderen. Er erzählte von der gestohlenen Jugend vieler Generationen, von Kolonialismus, Ausbeutung und Unterdrückung. Immer und immer wieder stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen die Hoffnung, daß die Jugend von heute die „Welt retten“ eine „neue Welt“ schaffen werde. Der Bogen jener Revolutionäre, von denen man sich inspirieren lassen müsse, reichte - wie man es von ihm gewohnt ist - von Jesus Christus über Karl Marx bis zu Wladimir Iljitsch Lenin. Unter großem Beifall bekräftigte er die Luxemburg'sche Losung „Sozialismus oder Barbarei.“ Niemals wieder, bekräftigte er, werde das vene-

zolanische Volk sich durch den nordamerikanischen Imperialismus unterwerfen lassen. Und er drückte seine Bewunderung für die Standhaftigkeit des kubanischen Volkes aus. Seine stundenlange Rede - ein Feuerwerk an Kampfaufrufen, Parabeln und sogar Gesungenem - wurde immer wieder durch Sprechchöre unterbrochen. Die Kundgebung endete mit dem gemeinsamen Singen der „Internationale“ aus tausenden Kehlen. Eine größere anti-imperialistische und revolutionäre Kundgebung hat Westeuropa schon sehr lange nicht mehr gesehen. Der revolutionäre Schwung Lateinamerikas sorgt auch hier für ganz frischen politischen Schwung!



Präsident der bolivarianischen Republik Venezuela Hugo Chavez

Taunus Sparkasse vor dem Verkauf?

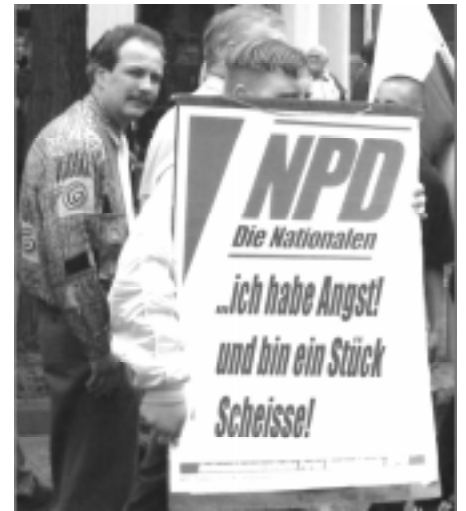


Die CDU-Landesregierung plant eine Neufassung des Hessischen Sparkassengesetzes...
So begann im

letzten Taunus Echo ein Artikel zur Taunus-Sparkasse, bei dem es um die Möglichkeit eines Verkaufs ging. Ginge es nach Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) könnten Sparkassen künftig verkauft werden. Ein Gesetzentwurf sieht zudem die Möglichkeit staatlicher Ausschüttungen vor. Und dann ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann die erste klamme Kommune ihre Sparkasse an den Meistbietenden verkauft. Öffentliche Träger der Taunus-Sparkasse sind

der Main-Taunus-Kreis und der Hochtaunus-Kreis. Das Institut mit mehr als 150 000 Kunden ist die viertgrößte Sparkasse in Hessen. Das Haus mit Sitz in Bad Homburg unterhält 61 Filialen und beschäftigt rund 820 Personen. Im aktuellen Geschäftsjahr erwartet die Sparkasse bei einer Bilanzsumme von 3,6 Milliarden Euro einen Zinsüberschuss in Höhe von 75,5 Millionen Euro und einen Betriebsgewinn in Höhe von 27,7 Millionen Euro. Zwar wird auch diese Bank nicht demokratisch geleitet, sie hat aber noch die Möglichkeit dazu. Ist sie erst privatisiert, dann ist es damit vorbei. Wobei wir auch bei diesem Artikel schon wieder auf unsere hessische Verfassung kommen. In ihr heißt es in Artikel 41: **„Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden (...) vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen (...)“**.

Faschismus ist die Meinung von Verbrechern



Wegen des brutalen Übergriffs auf vier Antifaschisten aus dem Hochtaunus im Frühjahr letzten Jahres in Frankfurt-Sachsenhausen (wir berichteten) sind am 15. Mai drei Neofaschisten aus der Gruppe „Freie Nationalisten Rhein Main“ vom Jugendgericht verurteilt worden.

Der (zumindest polizeilich) noch nicht einschlägig in Erscheinung getretene Embs wurde zu zwei Wochen Jugendarrest, der mehrfach auch polizeilich aufgefallene Altensen zu vier Wochen Arrest sowie 50 Sozialstunden, und der einschlägig vorbestrafte Dahl zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis (alle ohne Bewährung) verurteilt. Beim Prozess im Frankfurter Gerichtsviertel waren einige Neofaschisten im Zuschauerraum anwesend. Auch sagten mehrere, ebenfalls am Überfall beteiligte, Neofaschisten als „Zeugen“ aus. Die offenbar als Entlastungszeugen für ihre „Kameraden“ Vorgeladenen, verwickelten sich in Widersprüche; man kann nun auch noch ein Verfahren wegen uneidlicher Falschaussage erwarten. Die Leitungskader der „Freien Nationalisten Rhein Main“, Janine und Marcel Wöll, Christian Müller und der aus Friedrichsdorf stammende Maximilian Elser sind in der ganzen Region inzwischen bekannt. Seit Anfang 2005 wohnen sie in der Langgasse 16 des Butzbacher Stadtteils Hochweisel. Marcel Wöll (Näheres zu seiner Person: (http://de.wikipedia.org/wiki/Marcel_Wöll)) ist auf der Liste der NPD bei den Kommunalwahlen zum Mitglied der Butzbacher Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Nun ruft diese Gruppe am 53 Jahrestag der gescheiterten Konterrevolution in der DDR, (17.Juni) zu einer Demonstration in Frankfurt auf. Sie wollen den Iranischen Präsidenten willkommen heißen. Das diese ihn wegen seiner antisemitischen Äußerungen bejubeln wollen, rufen wir alle Demokraten dazu auf, sich den Nazis in den Weg zu stellen.

Kultur

„Das wertvollste was der Mensch besitzt ist das Leben.

Es wird ihm nur ein einziges mal gegeben.

Und benutzen soll er es so, dass er sterbend sagen kann:

Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft, habe ich dem herrlichsten der Welt, der Befreiung der Menschheit gewidmet“

(Ostrowski: „Wie der Stahl gehärtet wurde“)



Russischer Schriftsteller; Arbeiterkind, nahm in der Roten Armee am Bürgerkrieg teil, in dem er verwundet und in der Folge zunehmend gelähmt wurde, blieb aber dennoch Organisator von Komsomol-Gruppen. Seit 1927 war Ostrowski ans Bett gefesselt; seit 1928 blind, diktierte er in der Zeit von 1932 bis 1934 den autobiographischen Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“, dessen Held, ein Jungarbeiter nach der Revolution, zu einem Leitbild für die Sowjetjugend wurde.

Provokation



Am 26. April fand im Kino Köppern eine Provokationsaktion gegen die Republik Belarus statt.

Daran beteiligt waren die drei Tschernobyl Initiativen. Der HR Journalist und Mitverfasser des Buches „Verstrahlt, vergiftet, vergessen“ Norbert Schreiber hatte wieder einen Auftritt. Danach wurde der Film „89 Millimeter“ gezeigt. In diesem Bericht und dem Film wurde der gewählte Präsident Alexander Lukaschenko mal wieder als „Diktator in der letzten Diktatur Europas“ dargestellt. Mehr als 82% der Bevölkerung haben ihn wieder gewählt – Belarus ist keine Diktatur, sondern eines der letzten Länder Europas, in dem grosse Teile des gesellschaftlichen Eigentums nach wie vor im Besitz des Volkes sind und nicht in kapitalistische Eigentumsverhältnisse umgewandelt wurden. So etwas ist

in den Augen der kapitalhörigen Presse natürlich eine „Diktatur“. Und nun hatte die DKP ein Extra Echo erstellt und vor dem Kino verteilt, bzw. wollte es verteilen. Schon nach wenigen Minuten und gerade mal 30 – 40 verteilten Exemplaren, stürzten drei ältere „Herren“ aus dem Kino und rissen den Verteilern die Ausgaben aus der Hand. Mit Bemerkungen wie: - was uns einfallen würde so ein Pamphlet zu verteilen und - wir sollen uns in den Schlammbach nach Weißrussland aufmachen und dort verteilen.... Hinweise darauf das die Verteilung auf öffentlichem (und nicht privatem) Boden stattfindet, wo jeder Flugblätter verteilen kann und dass es Diebstahl ist, fand bei diesen „Demokraten“ kein Interesse. Nun ja, es sind immerhin einige Extra Echos im Kino angekommen. Und ein Teil des Publikums zeigte sich auch über die Vorgehensweise dieser Personen empört, als sie wenige Tage später erfuhren, was dort geschah.

Neues aus der EU

„Die Vereinigten Staaten von Europa sind entweder unmöglich oder reaktionär“



Die DKP Hochtaunus verurteilt die Maßnahmen des EU Parlamentes gegen den parteilosen Abgeordneten Tobias Pflüger in der Linksfraktion (GUE/NGL).

Am 16. Mai 2006 wurde mit einer deutlichen Mehrheit aus Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten, Grünen und Neofaschisten dem Antrag auf die Entziehung der Immunität stattgegeben. Es ist ein weiterer Wendepunkt hin zu einer deutlichen Rechtsentwicklung auf europäischer Ebene. Bis gestern verfolgte das EU Parlament den Leitsatz, die Immunität ihrer Mitglieder nicht wegen politischer Angelegenheiten aufzuheben. Mit der gefällten Entscheidung ist ein weiterer Schritt getan, missliebige Auffassungen und Meinungen zu unterdrücken. Hintergrund für das skandalöse Vorgehen gegen Tobias Pflüger ist der Vorwurf der „Staatsanwaltschaft München 1“, der Abgeordnete hätte auf der Demonstration gegen die NATO Sicherheits-

konferenz Anfang des Jahres in der bayerischen Landeshauptstadt (wir berichteten) Straftaten begangen. Er hatte zwei Polizisten nach den Personalien eines gerade festgenommenen Demonstranten gefragt, nachdem er sich als EU Parlamentarier ausgewiesen hatte. Ein knappes halbes Jahr später erstatteten die Beamten Anzeige. Es handelt sich um die vierte Anzeige der oben genannten Staatsanwaltschaft gegen Tobias Pflüger. Tobias Pflüger, der seit Jahren im Rahmen der Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Krieg kämpft und seit 1996 bei der Tübinger „Informationsstelle Militarisation (IMI)“ ehrenamtlich arbeitet, veröffentlichte zu friedenspolitischen Themen zahlreiche Publikationen. Er ist somit für die Mehrheit im EU Parlament ein Dorn im Auge. Sie forciert eine EU des Sozialraubes und kriegerischer Auseinandersetzungen um den größtmöglichen Profit für die Konzerne und Banken zu garantieren. Vertreter der verschiedenen Bewegungen, die wie Tobias Pflüger für ein soziales und friedliches Europa eintreten, sind für die Herren in Berlin, Brüssel und Straßburg und deren Arbeitgeber (u.a. Siemens, Daimler-Chrysler, Thyssen-Krupp oder Deutschen Bank) eine Gefahr für deren Interessen. Umso mehr, als grosse Teile der Bevölkerung Nein sagen zu der imperialistischen Politik in der EU, die von der BRD als imperialistischer Hauptmacht der EU angetrieben wird. Nach dem Resolutionsentwurf »Die Notwendigkeit einer internationalen Verur-

teilung der Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime«, der nur knapp an der 2/3 Mehrheit gescheitert ist und einem erfolgreichen Resolutionsentwurf gegen die Republik Cuba sind die Repressionen gegen den Tübinger Friedensaktivisten und Mitstreiter ein weiterer Schritt, fortschrittliche und emanzipatorische Bewegungen zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Der antikommunistische Resolutionsentwurf hatte das Ziel, vorausgegangene Verbote und Einschränkungen kommunistischer Parteien in den neuen EU Ländern zu rechtfertigen, den Verbotsantrag gegen den tschechischen kommunistischen Jugendverband KSM zu bekräftigen und in Zukunft ein Mittel gegen kommunistische Organisationen und andere progressive Kräfte in Europa zu haben. In diesem Zuge muß man auch die anti-cubanische Resolution sehen. Sie hat die Absicht, den jahrzehntelangen Kampf des cubanischen Volkes für Selbstbestimmung und sozialen Fortschritt und gegen das US-Embargo und andere Aggressionen von Seiten der USA und der EU zu entwürdigen und Maßnahmen gegen die sozialistische Insel voranzutreiben. Die DKP Hochtaunus spricht Tobias Pflüger ihre Solidarität aus und verurteilt entschieden die Maßnahmen des EU-Parlamentes. Weiter fordern wir unverzüglich die Wiederherstellung der Immunität und die Einstellung der Ermittlungen seitens der Münchner Staatsanwaltschaft.

Antikommunismus



Am 26. August 1956 verbot das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD).

Der Antrag dazu kam von der antikommunistischen Adenauer (CDU-)Regierung, der ja bekanntlich ein halbes (westliches) Deutschland lieber war, als ein Ganzes, aber dann neutrales Deutschland. Dazu mehr in der kommenden August-September-Ausgabe des Taunus Echo. Zehn Jahre zuvor, bei der ersten Kommunalwahl nach dem Faschismus in Hessen, erreichte die Sozialistische Einheitspartei (SEP) in Köppern das Traumergebnis von 99,21%. Für ein halbes Jahr wurde Köppern von einem Kommunisten regiert, bis die US- Verwaltung diese Wahl unter fadenscheinigen Begründungen für ungültig erklärte; und die Parteien sich wieder trennen mussten. Die Sozialistische Einheitspartei war ein Zusammenschluss von SPD, SAP und KPD in Köppern. Seit vielen Jahren heißt es, die Sozialistische Ein-

heitspartei Deutschlands (SED) die auch vor 60 Jahren in der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren Deutschen Demokratischen Republik, gegründet wurde, wäre unter Zwangsmaßnahmen der Sowjetunion zustande gekommen. Hier sehen wir, mit Zwangsmaßnahmen wurde dies in den westlichen Besatzungszonen verhindert. Nicht nur die US-Administration hatte ihre Finger dabei im Spiel, auch der spätere SPD Vorsitzende und erklärte Antikommunist Kurt Schuhmacher war mit dabei. Er, der von Kommunisten in Buchenwald gerettet wurde, war einer unsrer erbittertesten Feinde in der SPD. Was aus dieser Partei wurde, sieht man heute. **Wir sind auf der Suche nach Unterlagen, die dieses halbe Jahr Köpperner Geschichte anschaulich machen. Denn mehr als das Wahlergebnis das im Kreisarchiv liegt, haben wir nicht. Die meisten Unterlagen aus der Zeit von 1943 bis 1949 in Köppern sind verschollen. Bitte sehen Sie in Ihren privaten Unterlagen nach, ob Sie weiteres Material über diese Zeit finden – und lassen Sie uns bitte eine Kopie davon zukommen. Vielen Dank.**

Historisches



„Jubiläen sind für Kommunisten und den klassenbewusstesten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leit-

den für die Aktion. (Ernst Thälmann, Lehren des Hamburger Aufstandes)

02. – 09.06.1847: Erster Kongress des „Bundes der Kommunisten“ in London

25.06.1950: Beginn des Koreakrieges, des Aggressionskrieges der USA gegen die Koreanische Demokratische Volksrepublik

19.07. und 23.07. - 07.08.1920: II. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (KI) in Petrograd und Moskau. Beschlossen werden Leitsätze zu den Grundaufgaben der KI, 21 Bedingungen für die Aufnahme in die KI und die Statuten der KI werden beschlossen.

20. 07. 1926: Feliks Edmundowitsch Derschinski, Organisator und Vorsitzender des Allrussischen Außerordentlichen Komitees zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage (Tscheka) in Moskau gestorben.

Warnstreik bei Coca Cola



In deutschen WM-Stadien könnte es zu Engpässen bei der Versorgung mit „zuckerhaltigen Erfrischungsgetränken“ kommen.

Um ihren Forderungen nach Lohnerhöhungen und Beschäftigungssicherung nachzukommen, droht die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) mit Streiks und öffentlichen Aktionen während der anstehenden (MA)FIFA Fußball-Weltmeisterschaft. Die Gewerkschaft startete ihre Kampagne mit Warnstreiks in mehreren Coca-Cola-Niederlassungen. So legten Beschäftigte der Rhein-Main-Sieg Getränke GmbH & Co. KG (RMSG) und der Getränkeindustrie Main-Taunus GmbH & Co. KG (GMT) in Liederbach bei Frankfurt vier Stunden lang Produktion und Vertrieb lahm. RMSG und GMT gehören zur Coca-Cola Erfrischungsgetränke (CCE) AG mit Sitz in Berlin. Gleichzeitig wurden nach Mitteilung der Gewerkschaft NGG auch andere Betriebe des Konzerns in der Region, so in Freigericht bei Hanau und Bendorf bei Koblenz, bestreikt. Auch in den Coca-Cola-Niederlassungen in Berlin-Hohenschönhausen sowie im brandenburgischen Genshagen traten etwa 200 Beschäftigte in einen Warnstreik. »Die Warnstreiks bei Coca-Cola in Hessen widerspiegeln die derzeit geladene Stimmung in den Betrieben«, erklärte der NGG-Landesbezirksvorsitzende für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, Gerhard Herbst. Bei den seit Anfang Februar gelaufenen Tarifverhandlungen fordern die Unternehmer der Erfrischungsgetränkeindustrie eine »Modernisierung« der Manteltarifverträge. Nach NGG-Angaben wollen sie damit eine Arbeitszeitverlängerung um zwei auf 40 Wochenstunden ohne Lohnausgleich, eine Streichung von Mehr- und Nachtarbeitszuschlägen, die Beseitigung des Kündigungsschutzes für ältere Beschäftigte sowie des besonderen Erholungsurlaubs für Beschäf-

tigte ab 60 Jahren durchdrücken. »Die Wut wächst«, so Gerhard Herbst, denn die Unternehmer hielten mit diesen Zielen »ein explosives Gemisch an die brennende Lunte«. Die NGG befürchtet, daß geplante Neustrukturierungen im Konzern zum Verlust von 3000 der 9000 Arbeitsplätze in Deutschland führen könnten. Peter Artzen von der NGG-Verwaltungsstelle Rhein-Main kritisierte, daß die Berliner Coca-Cola Erfrischungsgetränke (CCE) AG die Vergabe von Aufträgen an ihre deutschen Betriebe so steure, daß dabei gezielt Gewinne und Verluste herauskommen, mit denen Betriebe gegeneinander ausgespielt würden und die Schließung einzelner Standorte gerechtfertigt werden können. Dies sei die klassische Strategie des »Teile und Herrsche«. Unverhohlen hänge dabei die Drohung im Raum, daß der Konzern mit EU-Geldern seine Abfüllanlagen in osteuropäische Länder verlagern und die Produkte zu Dumpingbedingungen auf den deutschen Markt bringen könnte. Die NGG fordert vom Coca-Cola-Konzern eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten bis 2012 und will zügig über einen entsprechenden Sozialtarifvertrag verhandeln. Außerdem verlangt sie Lohnerhöhungen von fünf Prozent. Bislang blieb das Management stur. Sollte es dabei bleiben, so drohen die Gewerkschafter mit Streiks und öffentlichen Aktionen während der Fußball-WM. Coca-Cola wirbt publikumswirksam mit seiner Eigenschaft als »offizieller Partner der (MA)FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006«. Sollten die Verhandlungen scheitern, dann wollen die Gewerkschafter in den WM-Stadien auch vor laufender Kamera darauf hinweisen, daß »Coca-Cola bei den Arbeitsbedingungen nicht Weltmeister ist«, so Peter Artzen. »Heute Liederbach, morgen Berlin, übermorgen Atlanta« lautete die Parole der Streikenden in Liederbach, als sie am Donnerstag früh in einem Demonstrationszug durch die Stadt zogen. In Atlanta im US-Bundesstaat Georgia ist die Zentrale des Weltkonzerns Coca-Cola angesiedelt.

Eintritt 5 Euro

Es geht nicht um einen etwas im Preis reduzierten Kinobesuch.

Dieter Hundt, Chef der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) also der interne Chef der Bundesregierung, hat einen Ausbau der Selbstbeteiligung der Patienten im Rahmen der Gesundheitsreform gefordert. Hundt schlug vor, die geltende Höchstgrenze bei der Eigenbeteiligung von zwei Prozent des Bruttojahreseinkommens auf drei Prozent anzuheben. Außerdem forderte er eine Praxisgebühr von fünf Euro für jeden Arztbesuch. Beide Maßnahmen könnten die Selbstbeteiligung um drei Milliarden Euro

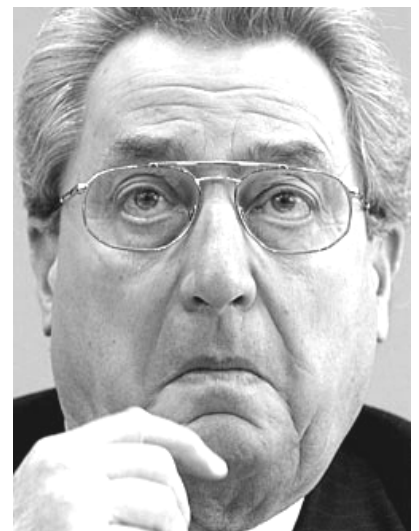
erhöhen. »Das ist zumutbar«, meinte der BDA-Chef. »Eine Reform, die niemandem wehtut, kann die Probleme nicht lösen.« Ihm wird es nicht weh tun. Aber was ist mit den Rentnern, den Hartz IV-Opfern und den noch in Arbeit stehenden? Das Bundesgesundheitsministerium hat Berichte dementiert, wonach Patienten künftig statt zehn Euro im Quartal bei jedem Arztbesuch fünf Euro entrichten sollen. Nun bekam Hundt Rückendeckung von Regierungsberater Jürgen Wasem. »Ich persönlich halte eine Zuzahlung in der Arztpraxis durchaus für sinnvoll«, Er verwies darauf, daß die Einführung der Praxis-

IBO sagt!



Liebe Friedrichsdorferinnen, liebe Friedrichsdorfer! Bei unseren Wahlkampfständen auf dem Landgrafentplatz wurden von

einigen „Rechenkünstlern“ (mit der BLÖD-Zeitung unterm Arm) hingewiesen, dass längere Arbeitszeiten mehr Arbeitsplätze bringen! Laut „Focus“ vom 14. April 2006 will VW die Arbeitszeiten auf 35 Stunden die Woche erhöhen. Diese Maßnahme bedeutet den Verlust von 20.000 Arbeitsplätzen! Noch einmal zum mitrechnen: 100 Arbeitsplätze á 35 Std. = 3.500 Std. Würde jetzt eine 42 Std.-Woche eingeführt, könnten die 3.500 Arbeitsstunden auch von 83 Kolleginnen und Kollegen durchgeführt werden können. Uns wird in diesem Fall ja immer die Konkurrenzfähigkeit zum Ausland vorgepredigt! Was ist, wenn die italienischen Kapitalisten die 45 Std.-Woche einführen? Müssen wir, um konkurrenzfähig zu bleiben, die 46 Std.-Woche einführen? Dann kommen die britischen Kapitalisten und führen, um der Konkurrenzfähigkeit willen, die 50-Std.-Woche ein. Wir ziehen dann mit 55 Std.-Wochen nach? Wo endet das? Bei Kinderarbeit, 60 Std.-Wochen, Wassersuppen und Wellblechhütten? Wenn alle im Fußballstadion aufstehen, um besser zu sehen, sieht am Ende keiner besser - aber alle sitzen nicht mehr bequem.



Dieter Hundt

gebühr im Rahmen der zurückliegenden Gesundheitsreform dazu geführt habe, daß die Arzt-Kontakte um fast zehn Prozent zurückgegangen seien. Vor allem die finanziell Schwächeren werden notwendige Krankenbehandlungen unterlassen. Nun damit geht diese jetzt mögliche „Reform“ Hand in Hand mit der Rentenreform, denn ein toter Rentner bekommt keine Rente mehr.



Vita von Dominik "Queer DKP"

Angefangen hat alles, wie bei den meisten wohl auch, am F'dorfer Bahnhof. Als ich nur was zu trinken haben wollte hatte ich schon eines unserer Taunus Echo in der Hand.

Dann ging es weiter, ich traf Thomas am Bad Homburger Bahnhof wieder und schon waren meine Kontaktdaten an ihn weitergegeben. Nun dabei blieb es aber nicht. Danach kamen einige Gruppenabende der SDAJ, sofern ich mich richtig erinner, und dann auch ein Abend in der Zeit in der ich mich geoutet habe. Und um alles komplett zu machen musste ich mich natürlich, nach meinem Willen – wenn dann richtig! -, auch bei Thomas und Co. outen. Dabei half mir ein kleines Ding das zu dem Zeitpunkt meinen kleinen Finger schmückte, und zwar ein Ring. Ich kam auf die Idee diesen mit einer kleinen „Geschichte“ zu verbinden. Und zwar meinte ich einfach: „Wisst ihr eigentlich was dieser Ring bedeuten soll?“ „Nein, nicht wirklich!“ „Naja, den tragen nur Schwule!“ (Stimmt zwar nicht, aber manchmal benötigt man(n ein Hilfsmittel!)) Und schon war ich auch bei Thomas geoutet. Von da an konnte ich mich nun endlich ausleben, so wie ich bin. Und dann nach 6 Monaten Parteiarbeit kam mir die Idee bzw. der Gedanke: Eigentlich gibt es viel zu viele „junge“ Schwule die nicht wissen wie Sie sich outen sollen bzw. benötigen Sie Hilfe in ihrer Zukunft. Denn manche kommen mit ihrer Sexualität nicht zu recht oder können sich anderen gegenüber nicht durchsetzen. Daher stammte meine Idee zur „roten Schwulen Arbeit.“ Diesen Vorschlag habe ich dann auf einer MV (Mitglieder Versammlung) vorgetragen und stieß auf positive wie negative Resonanz. Nun sind wir dabei uns einen Platz in der schwulen Welt zu sichern. Wir sind zur Zeit zwar im Aufbau von einer „Hilfe“-Hotline, jedoch fehlt uns noch der Sponsor für ein solches Handy, um eine fast rund um die Uhr Hilfe zu schaffen. Und diese Hotline als Beispiel soll natürlich nicht nur jungen wie alten Schwulen, sondern auch Lesben, Bisexuelle und Heteros, die in Bezug auf Fragen in jeglicher Hinsicht dienen. Denn durch gute Erlebnisse in Sachen Hilfe für eigene „Schwestern“ oder „warmen“ Brüder hatte ich den Anreiz auch anderen helfen zu wollen bzw. es so gut es geht zu versuchen. Dazu waren aber auch eigene Erfahrung wichtig, den ich zähle bei mir zwar nur 20 Lebensjahre, jedoch würde ich von mir sagen das ich in Sachen „Schwule

Welt“ sehr viel Wissen und Erfahrung gesammelt um in jeglicher Lage, außer natürlich mit Geld, zu helfen. Da wir ja beim Erscheinen des Taunus Echo auf dem Pfingstcamp sind, hier noch kurz unsere zukünftigen Termine:

Hier auf dem Pfingstcamp unsere inhaltliche Runde mit dem Titel:

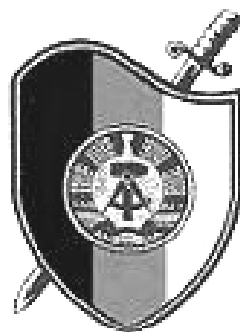
Sozialismus ist sexy. Sexualität in der Klassengesellschaft. Mit der Referentin Iris Rudolf und „Queer DKP“, diskutieren Jugendliche über Selbstbestimmte Sexualität in der heutigen Gesellschaft. Schwerpunkt ist die Frage, ob Homosexualität und Heterosexualität in dieser Gesellschaft das Recht haben Gleichberechtigt zu existieren. Die Frage ist berechtigt: Bislang gab es nur einen Staat auf der Erde, der die volle Gleichberechtigung der Geschlechter, juristisch, finanziell, moralisch, hergestellt hatte: Die Sowjetunion. In der heutigen Gesellschaft der BRD werden hingegen Schwule und Lesben nur fürs Fernsehen als Gleichberechtigt akzeptiert, in der Gesellschaft an sich sind ihnen weitergehende Rechte verwehrt. Mit der „Taliban aus Niedersachsen“ Ursel von der Leyen kommt sogar das ausschließlich christliche Familienbild zurück. Was tun? Außerdem

machen wir am Sonntag Vormittag einen „Frühschoppen unter der Regenbogenfahne.“ Der nächste Termin: **CSD Frankfurt** am Main mit einem gemeinsamen Infostand von DKP und SDAJ, **29. und 30. Juli.** Und am Wochenende **19. und 20. August** treffen sich die aktiven Mitglieder und Sympotanten in der **Karl-Liebknecht Schule** in Leverkusen um das bisher gelaufene auszuwerten und für die Zukunft zu planen. Damit ihr endlich auch wisst wer ich bin, hier noch ein Foto von mir.

Bis zum nächsten mal Dominik.



guter Geheimdienst - böser Geheimdienst



Kein Tag ohne Schlagzeilen über Folterflüge, Abhörskandale, oder andere "Regierungskriminalität". Gerade ist es der BND, dessen massen-

hafte Bespitzelung von Journalisten herauskam, zu dem er als Auslandsgeheimdienst nicht befugt war (das macht der Verfassungsschutz, der penibel Material sammelt, um Berufsverbote und andere Repressionsmaßnahmen gegen Demokraten vorzubereiten). Von den „legalen“ Bespitzelungen hört man weniger. Die Anzahl der in der BRD „legal“ abgehörten Telefone steigt rasant: mit 35.015 im vergangenen Jahr um 20% gegenüber dem Vorjahr und um 600% gegenüber 1995 (hinzu kommen alle Geheimdienst abhörungen, die noch viel höher liegen). Orwells Big Brother hat längst seinen Meister gefunden. Aber das ist kaum eine Schlagzeile wert, da schreit niemand „Stasi“. Dem MfS der DDR wird jedes Verbrechen unterstellt, obwohl seine Leute verglichen mit den westlichen Agenten und ihren (Folter-) Methoden meist Waisenknaben waren. Das Ergebnis der inzwischen abgeschlossenen Ermittlungen gegen „DDR-Unrecht“ ist kläglich: Von 100.000 Beschuldigten konnten weniger als 300 verurteilt werden

trotz akribischer Nachforschung und extensiver Paragraphenauslegung. Davon waren 25 Mitarbeiter des MfS, von denen nur einer zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung (die anderen auf Bewährung, bzw. Geldstrafe/ Verwarnung) verurteilt wurde. Also keine Verurteilungen wegen „Zwangsadoption“, Verschleppung, Folter, Einweisung in die Psychiatrie o.ä. Lieblingsthemen der hiesigen Medien. Selbstverständlich wird dieses Ergebnis nicht nur tunlichst verschwiegen, sondern die Hetze gegen die DDR geht unvermindert weiter. In der Presse, im Fernsehen und im Kino mit Filmen wie „Das Leben der anderen“, der jüngst gleich siebenfach prämiert wurde. Ganz entsprechend der Direktive des damaligen Außenministers Kinkel, der gefordert hatte: „Es muß gelingen, die DDR zu delegitimieren.“ Kinkel war Übrigens von 1979 bis 1982 Chef des berühmten BND, der schon bei vielen krummen Dingen mitmischte ob im Irak-Krieg, bei Folter-Entführungen des CIA und beim Plutonium-Schmuggel. Als „Organisation Gehlen“ war der BND nach dem Krieg von hochrangigen Naziverbrechern in Oberursel gegründet worden, darunter A. Brunner, Adjutant Eichmanns, H. Sommer, verantwortlich für die Erschießung von 11.000 Juden in Belarus und K. Fiebig, der 1941 in Paris sieben Synagogen in die Luft sprengen ließ. Aber was ist das alles gegen den Kampfbegriff „Stasi“, mit dem jeder Gedanke an Sozialismus erstickt werden soll. Die Verbrecher haben nicht in der Normannenstraße in Berlin gegessen. Die Verbrecher sitzen noch immer nicht.



Ausgabe 02 von Red&Gay erschienen.

Die Arbeitsgruppe „queer DKP-SDAJ“ wird in loser Folge dieses Mitteilungsblatt erscheinen lassen. Interesse? Es reicht eine e-Mail an uns zu schicken: info@dgp-queer.de oder auf die Homepage www.dgp-queer.de gehen. Wir sind auch auf der suche nach einem neuen Namen für das Infoblatt.

WIR SUCHEN!!!

DKP und SDAJ suchen altes Material.

Wer hat noch SDAJ und DKP Fahnen, Sonnenschirme, Bildungsmaterial, Buttons, Buttonmaschinen, Zelte oder ähnliches aus der Zeit von vor 1989 in seinem Keller oder Dachboden und will es loswerden? Wir können es noch sehr gut gebrauchen. Genauso alte Taunus Echo Ausgaben von 1978 – 1989. Wenn du so etwas hast, melde dich bitte bei der DKP Hochtaunus Postfach 1344, 61283 Bad Homburg oder schick uns eine e-Mail an dkphochtaunus@gmx.de ! Wir würden uns freuen.

Verantwortlich .i.S.d.P. Thomas Knecht, Postfach 1344, 61283 Bad Homburg, Auflage 2000, Eigendruck im Selbstverlag. Das nächste Taunus Echo erscheint im August 2006.

Übernachtung in Berlin

von der Redaktion empfohlen!

Du brauchst manchmal einen Schlafplatz in Berlin? Ich habe einen für dich und deine Freunde (bis 5 Personen).

Preise pro Nacht:

1 Pers. 23,- ; 2 Pers. 40,- ;
3 Pers. 50,- ; 4 Pers. 60,- ;
5 Pers. 70,- Euro.

Tel. : 030 – 7859854,
E-Mail: iris.rudolph@gmx.de

Das Taunus Echo kostet Geld!

Jeder Cent zählt!

Spendenkonto der DKP
Hochtaunus:

Kto. Nr. 1141 47 - 462
BLZ: 440 100 46 bei der
Postbank Dortmund

Übrigens, Spenden an die
DKP
sind von der Steuer
absetzbar!

DKP im Internet

www.DKP.de
www.DKP-Hessen.de
www.DKP-Hochtaunus.net
www.DKP-queer.de



Kommunistische Arbeiterzeitung **315**
1,50 Euro

50 Jahre KPD Verbot
AEG: Kollegen kämpfen – die
Gewerkschaftsführung organisiert
die Kapitulation vor dem Kapital
WM: Die Welt zu Gast bei Freunden
Die besondere Rolle der
deutschen Sozialdemokratie am
Beispiel des Massenstreiks

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich KAZ-Redaktion
Einzelheft 1,50 Euro Reichstraße 8
Jahresabo 10,00 Euro 90403 Nürnberg
Sozialabo 7,70 Euro Tel/Fax: 0911-356913
e-Mail: gruppeKAZ@aol.com

Witzig Witzig

Lenin ist gestorben, durch einen Zufall kommt er in den Himmel. Petrus: „Hmm, Lenin, Kommunist. Ne ne, ab in die Hölle.“ Eine Woche später klingelt im Himmel das Telefon und der Teufel ist dran: „Hier in der Hölle ist die Hölle los. Die Kesselheizer streiken, hier ist es saukalt und von mir verlangt man, das ich zurücktrete.“ Man einigt sich darauf, das Lenin doch wieder in den Himmel darf und einen Monat später, ruft Teufel wieder im Himmel an, weil er neugierig ist. „Na Gott, wie sieht's denn aus mit eurem Lenin?“ Gott unterbricht ihn sofort. „Also, erstens heißt das Genosse Gott, zweitens gibt es mich gar nicht und drittens störst du uns grade bei einer Vollversammlung.“

Mehr Kommunisten braucht das Land!



Ich möchte:

Informationen über die DKP.
 Informationen zu folgenden Themen

Mitglied der DKP werden.
 meine Ruhe.

Name:

Adresse:

Und ab an: DKP Hochtaunus
Postfach 1344
61283 Bad Homburg



UZ Probe – Abo 4 Wochen kostenlos

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Name

Vorname

Straße

PLZ

Ort

E-Mail

Vollständig ausfüllen und
einschicken an:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Fax: 0201-2486484
www.unsere-zeit.de



„Nach zwei langen Jahren ist das Warten vorbei:

Das legendäre Pfingstcamp der SDAJ findet diesmal in Warburg statt. Für erprobte Besucher/innen ist klar, dass sie auch dieses Mal die dialektische Einheit von Politik und Spaß erwarten. Doch als revolutionärer Jugendverband werden wir wieder eine Schaufel drauflegen. Diskussion, Information und Partizipation bieten allen die Möglichkeit ein Pfingstwochenende jenseits von überbelegten Musikfestivals und nervigen Familienausflügen zu ver-

erleben.“ Die Kosten scheinen auf den ersten Blick hoch. Eine Normalkarte ist für 24 Euro zu haben, eine Solikarte für 34 Euro. Aber der Jugendverband bietet hier Unglaubliches: Frühstück, Mittagessen, Konzert und Übernachtung sind inklusive. Die Kosten für Bier und Säfte, sind „an der Azubi-Vergütung orientiert“, wie eine SDAJ Sprecherin versichert. Dieses Taunus Echo ist zum Pfingstcamp erschienen und 75 % der Redaktion sind ebenfalls auf dem Camp. Wir berichten.

Studiengebühren NEIN



Studenten in Hessen müssen künftig allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 bis 1500 Euro pro Semester zahlen.

Das hessische Kabinett beschloss am 5. Mai 2006 in Wiesbaden Studiengebühren ab dem Wintersemester 2007/08 einzuführen. Dies verstößt gegen die hessische Verfassung, die in „Artikel 59“ besagt: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich“. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muß vorsehen, daß für begabte Kinder sozial schwächer Gestellter Erziehungsbeihilfen zu leisten sind. Es kann anordnen, daß ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet. Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.“ Dies alles ist Wissenschaftsminister Udo Corts und der hessischen CDU-Regierung allem Anschein nach egal. Aber was soll's, die Verfassung die Hessen hat, wird ja tagtäglich durch diese „Regierung“ gebrochen. Die Landesregierung erhofft Einnahmen von bis zu 140 Millionen Euro pro Jahr. Dem Minister zufolge, liegt für die überwiegende Mehrzahl der Studenten die Gebühr bei 500 Euro. «In Ausnahmefäl-

len» könne man aber entscheiden, eine Gebühr von bis zu 1500 Euro zu nehmen. Vor allem sollen nicht aus der EU stammende Ausländer so viel zahlen. Interessant ist auch daß alle Gruppen die 1500 Euro zahlen sollen (qualifiziertere Abschlüsse, AusländerInnen) kein Anrecht auf ein Darlehn haben! Somit ist ein guter Hochschulabschluss noch viel mehr wirklich nur für reiche möglich. Nehmen wir uns ein Beispiel am sozialistischen Cuba, dort können Studenten aus fast allen Ländern kostenfrei studieren. Nur Studenten aus den Hauptimperialistischen Staaten müssen eine kleine Gebühr entrichten. Es ist an der Zeit, daß sich hier in Hessen etwas tut. Denn es gibt noch einen weiteren Artikel in der hessischen Verfassung: „Artikel 147- Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht.(...)“ Schaffen wir auch hier endlich „FRANZÖSISCHE VERHÄLTNISSE“!

Jugend in der DKP - Jugend in die DKP

TE: Du hast einmal einen Aufnahmeantrag für die DKP gestellt. Warum eigentlich?

Wolfgang: Für mich als SDAJ Mitglied war der Eintritt in die DKP der einzig denkbare. Die DKP tritt wie die SDAJ für Frieden, Demokratie und Sozialismus ein. Der Sozialismus ist der erste Schritt zum Kommunismus, der Klassenlosen Gesellschaft und ich möchte meinen Teil dazu geben, dieses Ziel zu erreichen.

TE: Wie bist du in Kontakt mit der DKP gekommen und bist du auch in anderen Organisationen aktiv?

Wolfgang: Wie schon gesagt, bin ich in der SDAJ und auf einem Pfingstcamp hatte ich ein sehr langes Gespräch mit DKP Genossen. Das war für mich der Grund über meinen weiteren Weg nachzudenken.

TE: Was kannst du den jüngeren Lesern des Taunus Echo in Bezug auf die DKP mit auf den Weg geben?

Wolfgang: Viele glauben noch immer, die DKP ist eine Rentner Partei. Es gibt zwar auch viele alte Genossinnen und Genossen aber von denen kann man so einiges lernen. Ich Unterhalte mich gerne mit ihnen, über ihre Kämpfe gegen den Faschismus, gegen die Remilitarisierung, das Parteiverbot 1956 etc. Aber es gibt auch immer mehr junge DKP Genossinnen und Genossen mit denen man aktiv Arbeiten kann. Mal einen Tipp: Kommt doch einfach mal vorbei und lernt Kommunisten kennen.

TE: Vielen Dank.

Serie wird im nächsten Taunus Echo Fortgesetzt.

Bildungscamp Anton Makarenko



Bald ist es wieder soweit, das Bildungscamp Anton Makarenko findet wieder statt.

Vom 1. August bis zum 5. August fahren wir aus dem Taunus wieder dort hin. Du möchtest mit? du willst wissen, wie der Imperialismus funktioniert, warum die BRD so Arbeitet wie sie Arbeitet? Aber auch Feiern und so weiter? Dann melde dich bei uns. DKP Hochtaunus Postfach 1344, 61283 Bad Homburg oder dkphochtaunus@gmx.de